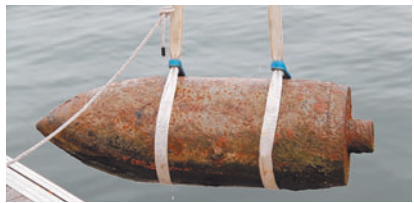


Ermittlungen laufen

Einfamilienhaus
ausgebrannt

ALTSTÄTTEN Am Donnerstagabend ist in einem Einfamilienhaus an der Feldstrasse in Altstätten ein Brand ausgebrochen. Der Sachschaden dürfte die 100 000-Franken-Marke bei Weitem übersteigen, teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Freitag mit. Um 20.45 Uhr wurde der kantonalen Notrufzentrale ein Brandausbruch in einem Einfamilienhaus gemeldet. Die Feuerwehr Altstätten-Eichberg rückte mit rund 40 Angehörigen aus. Beim Eintreffen fanden sie den Dachstock im Vollbrand vor. Das Haus wird im Moment total umgebaut und war deswegen leer stehend. Ob der Brandausbruch im Zusammenhang mit am gleichen Tag ausgeführten Handwerkerarbeiten steht, wird durch den kriminaltechnischen Dienst der Kantonspolizei abgeklärt. Der Feuerwehr gelang es, ein Übergreifen des Feuers auf die Nachbarliegenschaften zu verhindern. Sie konnten aber das fast vollständige Ausbrennen des Haus nicht mehr vermeiden. (red/pd)

Gefahr gebannt

Entschärfte Fliegerbombe
geborgen

Die Fliegerbombe wurde gestern aus dem Bodensee gehievt. (Foto: KAPO SG)

STAAD Die Fliegerbombe im Bodensee ist am Freitagvormittag geborgen worden. Am Tag zuvor war es Spezialisten der Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung (Kamir) der Schweizer Armee zusammen mit deutschen Kampfmittelexperten gelungen, den Zünder zu entfernen. Nach dem Entschärfen wurde die Fliegerbombe am Donnerstag für den Abtransport vorbereitet. Am Freitagmorgen wurde sie dann in den Hafen von Staad geschleppt. Dort hob sie ein Kran aus dem Wasser und auf einen Lastwagen der Schweizer Armee. Die Fliegerbombe wird auf einem militärischen Schiessplatz unter Einhaltung aller Sicherheits- und Umweltauflagen vernichtet. Ob es sich beim Objekt um eine scharfe Fliegerbombe oder nur um eine Attrappe handelt, steht noch immer nicht fest. Mit dem Entfernen des Zünders wurde die Gefahr einer Explosion gebannt. Für den Abtransport der Fliegerbombe wurde ein Sicherheitstransport organisiert. Ob der Bombenkörper Sprengstoff oder lediglich einen ungefährlichen Füllstoff enthält, wird sich erst bei der fachgerechten Vernichtung zeigen. (pd)

«Nicht alle Branchen sind gleich vom starken Euro betroffen»

Forderungen Der Arbeitnehmerverband (LANV) akzeptiert die Frankenstärke in den diesjährigen Lohnverhandlungen gemäss Verbandssekretärin Christine Schädler nur bedingt als Begründung.

VON MARTIN HASLER

«Volksblatt»: Der Euro ist gegenüber dem Franken nach wie vor sehr tief, die Pleite Griechenlands steht anscheinend kurz bevor, die Staatsschulden der USA und europäischer Grossstaaten bedrohen die Börsen, Experten befürchten eine Rezession. Das sind wohl keine guten Voraussetzungen für die diesjährigen Lohnverhandlungen?

Christine Schädler: Das stimmt zum Teil. Es sind nicht alle Branchen gleich stark von der Situation betroffen. Wir verhandeln hauptsächlich mit dem inländischen Gewerbe, und das orientiert sich vor allem am regionalen Markt. Die angesprochene Situation betrifft vor allem die Exportindustrie. Mit ihr sind wir im Gespräch und wissen, dass das ein Thema ist. Wenn in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe gespart wird, betrifft es das Gewerbe auch. So gesehen hat die Eurokrise einen indirekten Einfluss auf das inländische Gewerbe.

In der Schweiz ist zu beobachten, dass Probleme aufgrund des hohen Frankenkurses im Vergleich zum Euro starke Konsequenzen für die Arbeitnehmer haben: Arbeitswochen von bis zu 45 Stunden wurden in bestimmten

Branchen eingeführt, teilweise werden Löhne in Euro ausgezahlt. Ist das aus Sicht des LANV angesichts der schwierigen Lage für Exportbranchen akzeptabel? Die Auszahlung von Löhnen in Euro befürworten wir grundsätzlich nicht. Wir sehen, dass es eine Massnahme sein kann, wenn eine Firma trotz guter Auftragslage aufgrund der geringen Marge und des starken Frankens Gewinneinbrüche oder sogar Verluste hat - und wenn die Alternative die Auslagerung der Firma ist. Diese Massnahme können wir nur billigen, wenn sie klar kommuniziert ist, wenn sie mit den Betroffenen individuell angesprochen wird und sie befristet ist. Aber unsere Prämisse ist: Wenn man in unserem Land Dienstleistungen oder Produk-



Bald beginnen die jährlichen Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeitnehmerverband und den verschiedenen Branchen. (Foto: Shutterstock)

te verkauft, dann sollen die Löhne in der Landeswährung ausgezahlt werden.

Was die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit angeht: Auch dies ist eine Massnahme, der wir sehr kritisch gegenüberstehen. Wenn man so etwas macht, ist uns wichtig, dass Fakten da sind. Die Firma muss belegen können, warum sie das möchte und Zahlen offenlegen. Wir befürchten, dass eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne klare Bedingungen eine schlechtere Verschlechterung für die Arbeitnehmer darstellt. Wenn man zu solchen Mitteln greift, braucht es dafür feste Rahmenbedingungen und Fristen.

Was sind die wichtigsten Forderungen in den kommenden Lohnverhandlungen?

Wir setzen uns für generelle Lohn erhöhungen ein, von denen alle Arbeitnehmenden profitieren können. Die Umsetzung individueller Lohn erhöhungen sind sehr schwierig zu kontrollieren. Unsere Lohnforderungen bewegen sich zwischen 1 und 2,5 Prozent. Da schauen wir immer: Wie sieht es in der Branche aus? Wie sind die Lohnverhandlungen in diesem Bereich in den vergangenen Jahren gelaufen?

Für uns ist auch die Erhöhung der Ferientage wieder

ein Thema. Wir haben schon mehrmals angekündigt, dass wir wieder mit diesem Anliegen kommen. Es geht uns vor allem darum, dass ältere Arbeitnehmer mehr Ferien erhalten. Das Ziel sind jedoch fünf Wochen Ferien für alle. Es kommen immer wieder Leute zu uns, die glauben, dass das schon gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Transportbranche befindet sich nach wie vor in einem vertragslosen Zustand. Ist in dieser Hinsicht etwas gelaufen?

Der Stand der Dinge ist so, dass wir einen neuen Gesamtarbeitsvertrag aushandeln wollen, der vor allem neue Mindestlöhne beinhaltet. Wir sind in Gesprächen mit der Sektion, aber ein Termin vor den Sommerferien wurde abgesagt, einen neuen gibt es noch nicht. Teile vom Transportgewerbe sind stark von der Frankenstärke betroffen. Vermutlich gibt es auch aus diesem Grund eine Verzögerung bei der Verhandlung. So lange es keinen Gesamtarbeitsvertrag gibt, können wir auch keine Lohnverhandlungen führen. Unklar ist auch, ob es im Detailhandel Lohnverhandlungen geben wird. Dort möchten wir einen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag, über den wir uns eigentlich einig sind. Aber wir haben von Anfang an gesagt,

LANV-Verbandssekretärin Christine Schädler. (Foto: Paul Trummer)

dass die Mindestlöhne für uns inakzeptabel sind, weil sie jenseits von Gut und Böse sind. Uns wurde versprochen, dass da etwas geht, aber jetzt scheiden sich die Geister an dieser Frage. Nun warten wir ab, ob sie uns entgegenkommen.

Stehen auch Verhandlungen mit neuen Branchen an?

Wir verhandeln derzeit mit den Sicherheitsdiensten und sind auf gutem Weg zu einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag. Die Allgemeinverbindlichkeit muss von der Regierung genehmigt werden. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass der Gesamtarbeitsvertrag nächstes Jahr in Kraft tritt.

Abschliessend ein anderes Thema: Der Landtag hat dem Ausbau des Elternurlaubs auf vier Monate zugestimmt - trotz Kritik der Wirtschaftskammer, dass dies nicht grössenverträglich sei und ein «Kleinbetriebssterben» heraufbeschworen werde. Wie steht der LANV zu diesem Thema?

Wir sind klar für die Erweiterung des Elternurlaubs und setzen uns auch dafür ein, dass dieser bezahlt wird. Was uns bei dieser Diskussion sauer aufstösst: Da wird von einem «Kleinbetriebssterben» gesprochen. Kleinbetriebe gibt es überall, nicht nur bei uns. Die Richtlinie wurde in der EU aber sowohl von Arbeitgeber wie auch von Arbeitnehmerverbänden ausgehandelt. Was die Finanzierung angeht, so können wir uns eine Mischfinanzierung vorstellen, zu der auch der Arbeitnehmer einen Teil beiträgt. Wir begrüssen den Ausbau und hoffen, dass sich Liechtenstein in Zukunft dazu durchringen kann, nicht nur das Minimum des Minimums - vier Monate unbezahlt - an Elternurlaub zu gewähren. Tatsache ist einfach, dass der durchschnittliche Arbeiter es sich gar nicht leisten kann, so lange auf den Lohn zu verzichten.



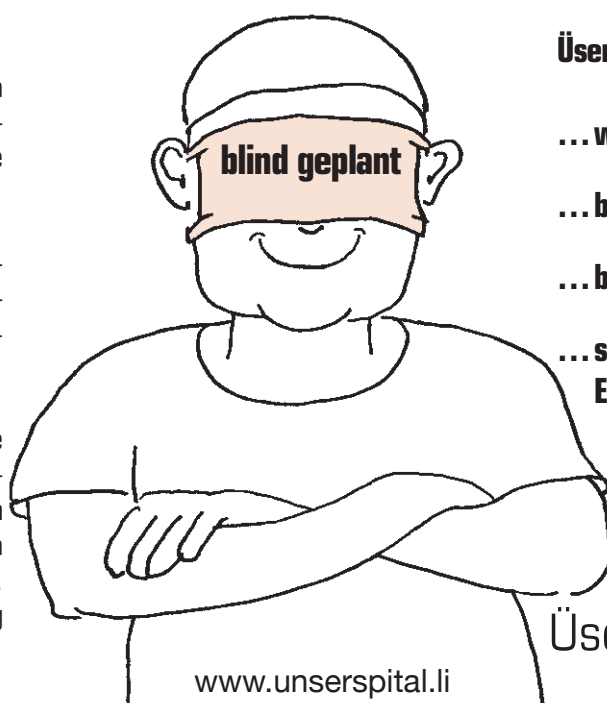
ANZEIGE

Geriatric ins Ausland? – Rentieren unsere Alten zu wenig?

Die demografische Entwicklung ist seit Jahren bekannt. Bereits in wenigen Jahren wird sich in Liechtenstein die Anzahl jener Menschen, die 65 oder älter sind, verdoppeln. Die neue Spitalstrategie sieht aber nur ein zusätzliches Bett in der Akut-Geriatric vor!

Der Bedarf an Akut-Geriatric wird mit der demografischen Entwicklung auch stark zunehmen – dies bestätigen führende Gesundheitsfachleute. Doch ausgerechnet in der Geriatric wird eine Kooperation mit dem Ausland angestrebt.

Dem längst bekannten demografischen Wandel muss das neue Spital gerecht werden, die Geriatric ist auszubauen! Laut Aussagen von Spitalverantwortlichen **rentiert das Behandeln von älteren Menschen nicht** im selben Ausmass, wie dies andere Disziplinen tun. Scheinbar wird dies nur durch die finanzielle Brille betrachtet. Dies ist beschämend! Jene Generation, die bereits ein Leben lang einiges geleistet hat, sollte uns doch mehr wert sein, oder?



www.unerspital.li

Üsers Spital...

... wird nicht plötzlich 52 % mehr Patienten haben. Woher auch?

... braucht Kooperation statt Konkurrenz ums «verrecka».

... braucht nicht noch mehr teure ausländische Belegärzte.

... steht am falschen Platz. Das weiss jeder.

Es gibt geeignetere Standorte in Liechtenstein!

Üsers Spital scho – aber so

NEIN

Referendumskomitee «Üsers Spital», Bildgass 25, 9494 Schaan